

Kölner Casino wird Zahl der Glücksspielsüchtigen erhöhen Handlungskonzept im Auftrag der Stadt lehnt Ansiedelung ab

Der Gesundheitsausschuss beschäftigt sich am Dienstag mit dem „Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln“. Mit der Neufassung des Glücksspielstaatsvertrages Ende 2012 wurden die Kommunen und Betreiber wesentlich stärker auf die Vermeidung und Eindämmung der Glücksspielsucht verpflichtet.

„Vor über drei Jahren kündigte die Verwaltung das Handlungskonzept an. Jetzt liegt es endlich vor. Es liest sich wie eine Ohrfeige für die Befürworter des Kölner Spielcasinos“, stellt Uschi Röhrig, die DIE LINKE im Gesundheitsausschuss vertritt, nüchtern fest.

Ungefähr 10.000 Kölner leiden an Glücksspielsucht, so wird die Zahl im Handlungskonzept geschätzt. Dabei ist das Spielen an Spielautomaten die verbreitetste Form dieser Sucht. 70 % aller Menschen, die in Beratungsstellen um Hilfe fragen, leiden darunter. Eine wirksame Bekämpfung dieses Phänomens liegt in der Verringerung der Automatenspielflächen, so das Handlungskonzept, um dann festzustellen: *„Der geplante Bau eines Casinos [...], das wahrscheinlich zu 60 Prozent der Fläche mit Spielautomaten bestückt sein wird, steht im Widerspruch zum verfolgten Ziel der Einschränkung von Glücksspiel-Vergnügungsstätten.“*

Das hält der Geschäftsführer der LINKEN Ratsfraktion, Michael Weisenstein, für nicht hinnehmbar: *„Mit dem Casino will die Stadt vor allem Ihre Finanzen aufbessern. Das Geld kommt zu einem großen Teil von Menschen, die alles verspielen, weil ihnen die Kontrolle über den Spielzwang entglitten ist. Die Stadt muss diese Süchtigen und ihre Familien unterstützen anstatt ihnen noch mehr Rauschmittel anzubieten.“*

Das Handlungskonzept wurde vom Runden Tisch Glücksspielsucht erstellt. In diesem sind neben vielen städtischen Ämtern auch die Polizei, das Jobcenter und die Suchtberatungsstellen vertreten. Sie sehen im geplanten Casino mehrheitlich eine *„Institution [...], die als Verursacher der Gefährdung und Abhängigkeit von Glücksspielsucht“* gilt.

Die im Runden Tisch vertretenen Institutionen schlagen zur Bekämpfung der Glücksspielsucht vor, kommunale Einnahmen aus der Vergnügungssteuer oder der Spielbankabgabe in Beratungs- und Präventionsangebote zu investieren. Für Uschi Röhrig ist das folgerichtig, aber unnötig: *„Diesen Geldkreislauf sollte man sich besser sparen. Es ist absurd, erst den Süchtigen das Geld aus der Tasche zu ziehen, und dann in ihre Abstinenz zu investieren.“*

Kontakt:

Uschi Röhrig, 0172/9038 625

Michael Weisenstein, 0175/4185 876